

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa

Arndt Sändig* / Inken Baumgartner**

Inhaltsübersicht

- I. Einleitung
- II. Aufgaben, Zielsetzungen und Strukturen
- III. Demokratisierung und Menschenrechte
- IV. Trauma und Versöhnung
- V. Kritik

I. Einleitung

Der Stabilitätspakt ist der erste ernsthafte Versuch der internationalen Gemeinschaft, in Südosteuropa an die Stelle der militärischen Kriseninterventionen der vergangenen Jahre eine umfassende, dauerhafte und nicht-militärische Strategie der Konfliktprävention zu setzen.

Am 10. Juni 1999 wurde in Köln – auf Initiative der EU, insbesondere der Bundesregierung – der Stabilitätspakt für Südosteuropa angenommen.¹

Partner und Unterzeichner sind erstmalig in der Geschichte der multinationalen Konfliktbewältigung alle Hauptakteure der

internationalen Gemeinschaft, d. h. neben den EU-Mitgliedstaaten, den Ländern Südosteuropas und ihren Nachbarn, im einzelnen Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Mazedonien, Ungarn, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slovenien, Jugoslawien,² die Türkei und Moldavien, auch die nicht-europäischen Mitglieder der G8: Japan, Kanada, Rußland und die USA, sowie Norwegen und die Schweiz. Weiterhin gehören aber auch internationale Organisationen wie die UN und der UNHCR, die OSZE, die NATO, der Europarat und die OECD, sowie die internationalen Finanzierungsinstitutionen Weltbank, Internationaler Währungsfond (IMF), die Europäische Investment Bank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (CEB) und zudem etliche regionale Wirtschaftsinitiativen zu den Partnern des Paktes.

Beteiligt am Stabilitätspakt sind schließlich auch Nicht-Regierungsorganisationen, die maßgeblich in der konkreten Nothilfe wie Flüchtlingsarbeit und Versöhnungsprojekten engagiert sind.

II. Aufgaben, Zielsetzungen und Strukturen

Zentrale Ziele des Paktes sind die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in der gesamten Region, politische und ökonomische Stabilität und die Integration der südosteuropäischen Länder in die internatio-

* Rechtsreferendar, der seine Wahlstation vom 1. März bis zum 30. April 2003 im MRZ ableistete.

** Stud. iur., studienbegleitendes Praktikum im MRZ vom 1. April bis zum 30. Juni 2003.

¹ Stability Pact For South Eastern Europe (Cologne Document): www.stabilitypact.org/stabilitypactcgi/catalog/view_file.cgi?prod_id=226&prop_type=en (besucht am 18. Juni 2003).

² Bestehend aus Serbien inklusive Montenegro und dem Kosovo; wurde im Herbst des Jahres 2000 nach dem Sturz der Milošević-Regierung aufgenommen.

nale Gemeinschaft, insbesondere die Anbindung an die EU (bis hin zur Option einer vollen Mitgliedschaft) sowie an die transatlantische Gemeinschaft.

Die Staaten Südosteuropas sollen insbesondere in ihrem Bemühen um Demokratie und die Respektierung der Menschenrechte bestärkt und unterstützt werden.

Im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa stehen Länder, Nationen und Volksgruppen miteinander im Dialog, die im vergangenen Jahrzehnt gegeneinander Krieg geführt haben oder von den Folgen des Krieges direkt betroffen sind. Von zentraler Bedeutung sind in diesem Kontext die aufgenommenen Gespräche zwischen den ehemaligen Kriegsparteien, insbesondere die Einbeziehung Serbiens.

Um der Herausforderung des Wiederaufbaus der südosteuropäischen Staaten begegnen zu können, haben sich die Länder der ehemaligen Kriegsregion im Stabilitätspakt verpflichtet, substantielle demokratische und ökonomische Reformen einzuleiten oder fortzusetzen und die regionale Kooperation untereinander voranzutreiben.³ Die EU-Mitgliedstaaten und die anderen Partnerstaaten des Pakts sowie die beteiligten internationalen Institutionen haben sich ihrerseits zu der entsprechenden Hilfe auf diesem Weg verpflichtet.

Konkret verständigten sich die Partner des Paktes auf die folgenden Aufgabenschwerpunkte:

- bilaterale oder multilaterale Zusammenarbeit der Länder der Konfliktregion, um die Spannungen und das noch bestehende Konfliktpotential insbesondere zwischen den früheren Kriegsgegnern abzubauen und zu beseitigen,
- Gewährleistung einer demokratischen politischen Entwicklung aufbauend auf

freien und fairen Wahlen, der Respektierung der Menschenrechte und fundamentaler Freiheiten, insbesondere die Gewährleistung von Minderheitenrechten, die Sicherstellung freier und unabhängiger Medien sowie unabhängiger Rechtsprechung und weiterhin der Kampf gegen die Korruption und die Stärkung der Zivilgesellschaft,

- gutnachbarschaftliche friedliche Beziehungen in der Region unter Überwachung der Prinzipien der KSZE-Schlußakte von Helsinki und Aufbau von Mechanismen für eine regionale Sicherheitszusammenarbeit,
- Minderheitenschutz und Sicherstellung multinationaler und ethnischer Vielfalt in den Ländern der Region,
- Schaffung dynamischer und leistungsfähiger Marktwirtschaften, Öffnung der Märkte für ausländische Investitionen; transparente und effektive Zölle; Entwicklung starker Kapitalmärkte, Privatisierung der Wirtschaft,
- Forcieren ökonomischer Kooperation zwischen der Region und dem Rest Europas und der Welt, einschließlich der Einführung von Freihandelszonen,
- Kampf gegen die organisierte Kriminalität, Korruption und Terrorismus, sowie alle anderen illegalen Aktivitäten,
- präventives Einschreiten gegen fortschreitende Bevölkerungswanderungen bedingt durch den Krieg wie auch durch Armut,
- Sicherstellung einer freien und sicheren Rückkehr aller Flüchtlinge und anderer vertriebener Personen; Hilfe für die Länder und Gebiete bei den durch die Flüchtlinge und deren Rückkehr entstehenden Kosten und Aufgaben,
- Gewährleistung der Bedingungen für eine Integration der Staaten Südosteuropas in die wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Strukturen ihrer Wahl.

³ Zu den sich Anfang der neunziger Jahre abzeichnenden Problemen vgl. *Lothar Brock / Ingomar Hauchler (Hrsg.), Entwicklung in Mittel und Osteuropa, Über Chancen und Risiken der Transformation, 1993.*

Um diese Ziele organisatorisch zu bewältigen, wurde durch die Partner als höchstes

Organ des Stabilitätspaktes, welcher weder als neue internationale Organisation zu verstehen, noch mit unabhängig verwalteten finanziellen Ressourcen ausgestattet ist, der *Regionaltisch* (Regional Table) installiert. Den Repräsentanten der osteuropäischen Länder kommt innerhalb des Regionaltisches (wie auch der drei untergeordneten Arbeitstische) eine gleichberechtigte Stellung gegenüber den Vertretern der anderen Partnerstaaten, der internationalen Organisationen und der Finanzinstitutionen zu.

Den Regionaltisch, der zweimal jährlich zusammentritt und auf der Grundlage des bereits Erreichten und den Interessen aller Partner des Stabilitätspaktes neue Ziele festlegt, wird vom *Sonderkoordinator* (bis zum 31. Dezember 2001 wurde diese Aufgabe durch den Deutschen *Bodo Hombach*, seitdem durch den Österreicher *Erhard Bussek* wahrgenommen) geleitet, um den ein etwa dreißigköpfiges Arbeitsteam installiert wurde. Hauptquartier und Büro des Koordinators befinden sich in Brüssel.

Der Stabilitätspakt ist keine internationale Organisation und verfügt über keine eigenen Mittel – er dient der Koordinierung einer Vielzahl von Aktivitäten unterschiedlicher Akteure

Die Koordination der ökonomischen Hilfe für die Region liegt primär in den Händen der Europäischen Kommission und der Weltbank, die einer sogenannten *Hochrangigen Lenkungsgruppe* vorstehen, welcher die Finanzminister der G8-Staaten, der Niederlande und des Landes, das die aktuelle EU-Präsidentschaft innehat, ebenso angehören wie die Repräsentanten der internationalen Finanzinstitutionen und der Sonderkoordinator.

In der Startphase des Stabilitätspaktes sorgte das Büro des Sonderkoordinators insbesondere dafür, daß sogenannte Quick-Start-Projekte entsprechend der Dringlichkeit und der Bedürfnisse der Situation de-

finiert und sofort in die Praxis umgesetzt wurden. Diese Schnellstartmaßnahmen hatten den Charakter von humanitären Sofortmaßnahmen in Notlagen.

Für die Umsetzung der vom Regionaltisch erarbeiteten übergeordneten Ziele sind die drei Arbeitstische des Stabilitätspaktes (Working Tables) verantwortlich. Diese Arbeitstische arbeiten in den Aufgabenbereichen:

- Demokratisierung und Menschenrechte (Arbeitstisch I),
- Ökonomischer Wiederaufbau, Zusammenarbeit und Entwicklung (Arbeitstisch II) und
- Sicherheit (Arbeitstisch III mit den zwei Unterarbeitstischen (Subtables): Sicherheit und Verteidigung einerseits und Justiz und Innere Angelegenheiten andererseits).

Bevor auf Arbeitstisch I eingegangen wird, seien die beiden anderen kurz erwähnt:

Arbeitstisch II „Ökonomischer Wiederaufbau, Zusammenarbeit und Entwicklung“ hat als zentrale Aufgabe die Sicherung der Existenzgrundlage der Bevölkerung durch verstärkte Investitionen in die Infrastruktur der Länder der Region.

Er beschäftigt sich in diesem Zusammenhang mit dem Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen, dem Wiederaufbau von Schlüsselbereichen wie Energie- und Wasserversorgung, Verkehr und Transport, Kommunikation, Berufsbildung sowie der Liberalisierung des Handels zwischen den südosteuropäischen Ländern und der Europäischen Union. Auch die Armutsbekämpfung und die Entwicklung sozialer Infrastrukturen wie Schulwesen und Gesundheitssysteme in den Ländern der Region, die Verbesserung der Effizienz der Verwaltung, die Korruptionsbekämpfung und die Verbesserung des Umweltschutzes gehören in den Kompetenzbereich dieses Arbeitstisches.

Arbeitstisch III ist mit den externen wie den internen Sicherheitsfragen der Länder

der Region beschäftigt. Ziele sind der Aufbau demokratisch geführter Polizeistrukturen, die Reform der Rechtssysteme, die Stabilisierung der inneren Sicherheit sowie die Entwaffnung ehemaliger Rebellen.

Weitestgehend erfolgreich abgeschlossen wurde bereits das Projekt „Humanitäres Minenräumen“, in dessen Rahmen Kroatien, der Kosovo und Bosnien-Herzegowina bei der Räumung von Landminen unterstützt wurden. Ein völlig risikoloses Betreten aller Flächen abseits der Straßen ist allerdings bis heute nicht gewährleistet, wenn auch Minenunfälle seltene Ausnahmen geworden sind.

Der Unterausschuss 2 „Justiz und Innere Angelegenheiten“ befaßt sich unter anderem mit Einwanderungs- und Asylfragen. Dieses Aufgabenfeld umfaßt nicht nur die Frage der Rückkehr der Staatsangehörigen eines Landes in ihr eigenes Land, sondern ebenfalls die Problematik zukünftig zu versorgender Asylsuchender innerhalb der Länder der Region. Auch das nach wie vor bestehende Problem des Menschenhandels fällt in den Verantwortungsbereich dieses Ausschusses, der für diese Aufgabe ein eigenständiges Büro in Wien eingerichtet hat.

III. Demokratisierung und Menschenrechte

Seit dem Treffen des Regionalausschusses im Juni 2001 liegen fünf Arbeitsschwerpunkte primär im Fokus des *Arbeitsausschusses I „Demokratisierung und Menschenrechte“*:

- Menschenrechte und nationale Minderheiten

Der Dialog zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gruppierungen der Region und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stehen hier im Vordergrund. Primär geht es um die Sicherstellung elementarer Menschenrechte und eines ausreichenden Rechtsschutzes, die Ausschaltung ethnisch bedingter Diskriminierung und die entsprechende Bewußtseinsbildung in der Region.

Eine „Menschenrechts- und Minderheiten Task Force“ hat ein umfassendes Programm zur Förderung multiethnischer Koexistenz und zum Schutz ethnischer Minderheiten erarbeitet und Menschenrechtszentren installiert, deren Hauptaufgaben in der Verbesserung des Status der Romabevölkerung und der Überprüfung der Gesetzgebung liegen.

- Medien und Meinungsfreiheit

Die „Media Task Force“ bemüht sich um die Freiheit der Berichterstattung in den Staaten des Stabilitätspaktes und hat sich zum Ziel gesetzt, die höchsten internationalen Standards der Meinungsfreiheit in der gesamten Region zu etablieren. Die Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Medien und der freie Zugang zu Informationen haben dabei einen herausgehobenen Stellenwert.

Die praktische Umsetzung erfolgt durch Arbeitsgruppen aus Medienspezialisten, die sich unter anderem Ausbildungsaufgaben im Medienbereich, dem öffentlichen Rundfunk und der Zusammenarbeit mit privaten Sendern widmen.

- Flüchtlingsangelegenheiten

Die Steigerung der Motivation zur Rückkehr und die Integration der Rückkehrer war angesichts der Flüchtlingswellen in der Zeit der kriegerischen Auseinandersetzung eine vordringliche Notwendigkeit.

Unter der Schirmherrschaft des Stabilitätspaktes verständigten sich Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Jugoslawien darauf, gemeinsam das Schicksal der 1,2 Millionen Flüchtlinge zu erleichtern bzw. rückgängig zu machen.

Am 27. Juni 2001 wurde zu diesem Zweck ein Programm zur regionalen Rückkehr der Vertriebenen auf den Weg gebracht, das internationale finanzielle Unterstützung gewährt und die Problemfelder Wohnungsnot, Eigentum, Staatsangehörigkeit und ökonomischer Wiederaufbau behandelt. So wurden beispielsweise für das „Integrierte Rückkehrerprogramm in Bos-

nien-Herzegowina“ 114 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Eindrucksvoller Erfolg der jüngsten Vergangenheit ist die Einladung der kroatischen Regierung an die serbischen Flüchtlinge ihres Staatsgebietes, in ihre Heimat zurückzukehren.

- Gleichstellung

Darüber hinaus haben sich die Partner des Paktes zum Ziel gemacht, die Gleichstellung der weiblichen Bevölkerung in den Ländern der Region, insbesondere die Förderung der Arbeit von Frauen im öffentlichen Leben und ihre Teilnahme am politischen Prozeß zu fördern. Die eingesetzten Mittel wurden für Gleichstellungskampagnen und Rechtsberatung für Wahlrechtsreformen und die Verankerung des Gleichstellungsziels in den Verfassungen der südosteuropäischen Staaten sowie für die Stärkung von Netzwerken politisch aktiver Frauen eingesetzt.

Der Prozentsatz von Frauen in hohen und höchsten Regierungsfunktionen hat sich in den Ländern der Region auf 11 erhöht. Auch die Zahl der weiblichen Parlamentsmitglieder steigt in den Ländern des Stabilitätspaktes stetig.

Erstmalig wurden Gleichstellungsmechanismen in Bosnien-Herzegowina, Bulgarien und Serbien installiert.

- Parlamentarische Kooperation

Anliegen der Partner des Paktes war es schließlich, die Parlamente als Gegengewicht und Kontrollinstanz zu den Regierungen zu stärken. Vor allem in Form von regionalen Seminaren wurden hier Fortschritte erzielt. Es wurde ein Netzwerk der Parlamentarier Südosteuropas mit dem Europäischen Parlament gegründet. Auswirkungen zeigen diese Bemühungen vor allem bei den Politikfeldern Flüchtlingsrückkehr, Menschenhandel und Minderheiten.

Auf dem ersten „Regionalen Grünen Tisch“ im März 2000 stellten die Partner

des Paktes 2,4 Mrd. Euro für die Verwirklichung dieser Aufgaben zur Verfügung. Im Oktober 2001 wurden weitere 3 Mrd. für die unterschiedlichen Projekte des Paktes bewilligt. Der Löwenanteil diente der Förderung der Infrastrukturprogramme in der Region, die auch in der jüngeren Zukunft den Hauptteil der Fördergelder beanspruchen. Eine halbe Mrd. diente aber auch der Flüchtlingsrückkehr.

Der finanzielle Anteil der Bundesrepublik betrug in den Jahren des Bestehens des Paktes 615 Millionen Euro an Sondermitteln. Deutschland ist damit nach den USA der zweitgrößte Geldgeber und trägt allein etwa 7 Prozent der Kosten des Stabilitätspaktes. An die zweihundert Projekte hat das Bundesentwicklungsministerium in der Region auf den Weg gebracht.

IV. Trauma und Versöhnung

Federführend ist die Bundesrepublik in das *Projekt „Trauma und Versöhnung“* involviert, bei dem mental Kriegsgeschädigte und durch Folter und Kriegsverbrechen traumatisierte Menschen, insbesondere Frauen, Kinder und Jugendliche im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina bei der Konfliktbewältigung unterstützt werden. Für dieses Projekt wurden 2,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Primär geht es um die Linderung des Leides der am schwersten Betroffenen.

Darüber hinaus beinhaltet das Projekt aber auch einen Ansatz von gesellschaftlicher Dimension. Die Spannungen zwischen den unterschiedlichen ethnischen und sozialen Gruppen waren nicht nur einer der Auslöser der Konflikte, vielmehr haben die heute so unauflöslich erscheinenden Gruppenidentitäten erst durch die Rollenverteilung im Krieg an Kraft gewonnen und sich noch stärker verhärtet. Zielrichtung des Projektes *„Trauma und Versöhnung“* ist daher auch die Bekämpfung ethnischer und religiöser Diskriminierung und ein alternatives Angebot zu den überkommenen Mustern von Täter-Opfer-Identifikationen.

Um auf diesem Gebiet Fortschritte zu erreichen, müssen in erster Linie die Verletzungen der Kriegsjahre aufgearbeitet werden. Dazu gehören auch die Sanktionierung begangenen Unrechts und zumindest der Versuch einer Wiedergutmachung.

Die Bildung moderner, diskriminierungsfreier und multiethnischer Interessengemeinschaften wie Gewerkschaften, Verbände und Kammern soll einen Beitrag zur Entspannung leisten.

Gerade das Problem der Aussöhnung und des spannungsfreien Zusammenlebens verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen in den Ländern Südosteuropas kann jedoch nur langfristig bewältigt werden. Gerade hier ist in der Zukunft noch viel zu tun, um einem Rückfall in Konflikte und Spannungen zu begegnen.

Zu klären ist nach wie vor der zukünftige Status des Kosovo. Auch ist den noch bestehenden Separationsbestrebungen der Kroaten in Bosnien-Herzegowina zu begegnen und ein stabiles Einvernehmen mit den slawischen und albanischen Bevölkerungsanteilen in Mazedonien zu erreichen.

Erst wenn unumkehrbar eine Verselbständigung der Entwicklungsprozesse erreicht und das öffentliche Bewußtsein in den Staaten Südosteuropas von einer Perspektive konfliktfreien multiethnischen und multireligiösen Zusammenlebens getragen wird, ist das anspruchsvolle Anliegen des Stabilitätspaktes auch in bezug auf die Fragen der Demokratisierung und der Etablierung fundamentaler Menschenrechte verwirklicht.

V. Kritik

Der Stabilitätspakt ist aber nicht nur ein institutionelles Neutrum. In den letzten vier Jahren waren sowohl Kritik als auch Lob sowie Befürchtungen, Hoffnungen und schließlich auch Bewertungen bzw. Bilanzen hinsichtlich des Stabilitätspaktes in der Öffentlichkeit zu beobachten.

Kritik am Stabilitätspakt für Südosteuropa wurde zunächst dafür geübt, daß die Bun-

desrepublik Jugoslawien nicht eingebunden wurde. So äußerte sich der damalige russische Ministerpräsident *Stepaschin* kritisch und warnte davor „das Land mit der zweithöchsten Bevölkerungszahl in der Region von der wirtschaftlichen Entwicklung auszuschließen“.⁴ Jugoslawiens Beitritt erfolgte im Oktober 2000 nach dessen demokratischen Wende. Von *Bodo Hombach* wurde dies als ein Erfolg der Unterstützung der demokratischen Bewegungen durch den Westen qualifiziert.⁵

Kurz nach der Gründung des Stabilitätspaktes wurde von den südosteuropäischen Ländern kritisiert, daß nicht schnell genug agiert werde. Auf einer Pressekonferenz am 1. Juli 1999 in Salzburg sagte *Ljubco Georgiewsky*, der Ministerpräsident Mazedoniens: „Es gibt die Befürchtung, daß das, was versprochen wurde, auf unbestimmte Zeit verschoben wird. Der Stabilitätspakt wird von Monat zu Monat aufgeschoben. Wir sehen jetzt, daß er erst im September kommen wird, dann könnte es in ein anderes Haushaltsjahr verschoben werden.“ Er führt fort: „Das erzeugt Unzufriedenheit bei uns. Wir sollten Europa nicht erlauben, das südöstliche Europa zu vergessen, die großen Versprechungen der europäischen Politiker zu vergessen.“ Sich der Kritik anschließend erklärte der rumänische Präsident *Constantinescu*: „Es scheint sehr schwer für den Westen zu sein, zu verstehen, daß Frieden und Stabilität ihren Preis haben.“ Der Präsident Bulgariens *Stojanow* wiederum warnte, der Westen möge „sich darüber bewußt werden, daß Investitionen in Infrastruktur ein weniger kostspieliges Unternehmen sein werden als die Entsendung von Blauhelmen“.⁶

⁴ *Miriam Hollstein*, Dokumente zum Stabilitätspakt für Südosteuropa, in: Internationale Politik, Heft 8/1999, S. 119.

⁵ *Egon C. Heinrich*, Stabilitätspakt für Südosteuropa: Bodo Hombach zieht positive Bilanz, in: Das Parlament Nr. 5/1. Februar 2002; <http://www.das-parlament.de/2002/05/europa/019.html> (besucht am 3. Juli 2003).

⁶ *Rainer Apel*, Balkan: EU-Bürokratie und IWF sabotieren Wiederaufbau, in: Neue

Auch heute noch hemmen die großen Verwaltungsapparate der Internationalen Organisation und Finanzinstitutionen wie auch die auf der Empfängerseite die Effizienz des Stabilitätspaktes. Langsamkeit und Bürokratie verhindern flexible und schnelle Reaktionen auf die Bedürfnisse der Empfängerstaaten.⁷

Weiterhin wurde befürchtet, der Stabilitätspakt könne überzogene Erwartungen hinsichtlich einer EU/NATO-Mitgliedschaft in den Ländern Südosteuropas wecken. Eine frühere Version des Fischer-Plans sah tatsächlich eine EU-Mitgliedschaft-light für die südosteuropäischen Länder vor.⁸ Allerdings wurde durch den Kölner Vertrag klar festgelegt, daß die gleichen Bedingungen für den Beitritt in die EU gelten sollen, wie für die anderen osteuropäischen Staaten.

Als ein weiterer Schwachpunkt wurde auch die Unklarheit über die Zwischenstufen und den Zeithorizont bis zum Abschluß von Verträgen zur Assoziation und EU-Beitritt dargestellt.⁹ Die Sorge der Länder Südosteuropas, die mit der Aufnahme des Stabilitätspaktes einherging, daß dieser als Ersatz für die volle EU-Integration mißbraucht werden könnte,¹⁰ ist jedoch unbegründet, da er gerade die Stärkung der Beitrittsfähigkeit vorsieht.

Problematisiert wurde außerdem, daß der Stabilitätspakt als solcher über kein Geld

verfügt. Er sei somit auf den guten Willen aller Beteiligten angewiesen.¹¹ Die Teilnehmer des Paktes schienen sich jedoch nicht so wirklich einig, an welchen Weg zum Ziel anzuknüpfen sei.¹² Hierbei sei auch auf das Konkurrenzverhalten der Vielzahl von teilnehmenden Organisationen hingewiesen.¹³ Selbst innerhalb der EU und ihrer Mitgliedstaaten würde das Interesse am Stabilitätspakt variieren. Von Anfang an sei gezweifelt worden, ob es wirklich einer solchen Einrichtung bedarf, die in vielen Bereichen andere, eingespielte Institutionen zu duplizieren drohe. Zudem zeichneten sich Unklarheiten in der Arbeitsteilung zwischen dem (bzw. den) zuständigen Kommissar(en), dem neuen „Mister GASP“ und dem Stabilitätspakt ab. Letztlich werde dieser nur dann funktionieren, wenn alle Beteiligten das Interesse am Erfolg der Stabilisierung Südosteuropas dauerhaft über die zwangsläufig vorhandenen Partikularinteressen stellen.¹⁴

Hieran anschließend sei fraglich, ob der Stabilitätspakt überhaupt halten kann, was er verspricht.¹⁵ Diese Befürchtung ist auch in der Aussage des EU-Parlaments wiederzufinden, daß der Stabilitätspakt „falsch angelegt“ sei; es sei einfach nicht (zentral) zu schaffen, rund 50 Staaten und Hunderte NGO in ihren Hilfsaktionen zu koordinieren.¹⁶ Ein halbes Jahr nach der Gründung

Solidarität 29-30/1999;
<http://www.solidaritaet.com/neuesol/1999/29/balkan.htm> (besucht am 3. Juli 2003).

⁷ *Marie-Janine Calic*, Der Stabilitätspakt für Südosteuropa, Eine erste Bilanz, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 13-14 2001*, S. 9, 16.

⁸ *Heinz-Jürgen Axt*, Der Stabilitätspakt für Südosteuropa: politischer Aktionismus oder langfristig tragfähiges Konzept?, in: *Südosteuropa 48 (1999)*, Hefte 7-8, S. 401, 415.

⁹ *Axt* (Fn. 8), S. 415.

¹⁰ *Calic* (Fn. 7), S. 16.

¹¹ *Andreas Wittkowsky*, Südosteuropa und Die Europäische Union – Stabilität durch Integration?, in: *Südosteuropa 49 (2000)*, S. 157, 162.

¹² *Winfried Didzoleit / Walter Mayr*, Diplomatie mit dem Brotkorb, in: *Der Spiegel Heft 31 1999*, S. 110, 111.

¹³ Vgl. z.B. *Günther Nonnenmacher*, Westliches Flickwerk auf dem Balkan, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.10.1999, S. 12; *Rätselfragen über Hombachs Aufgabe*, in: *Handelsblatt*, 24./25.09.1999, S. 9.

¹⁴ *Wittkowsky* (Fn. 11), S. 163.

¹⁵ *Axt* (Fn. 8), S. 415.

¹⁶ Interview mit *Bodo Hombach* geführt von *Olaf Ihlan* und *Dirk Koch*, „Ich bin kein

des Stabilitätspaktes war auch die Bundesregierung eher zurückhaltend:

„Der Stabilitätspakt befindet sich gegenwärtig in einer entscheidenden Phase. Eine gute Basis ist in den vergangenen Monaten gelegt worden, doch darüber, ob der Pakt auch wirklich den tiefgreifenden Wandel bewirken kann, den wir uns alle erhoffen, darüber werden maßgeblich die kommenden Wochen und Monate entscheiden, in denen es um die Umsetzung des Vereinbarten und vor allem um die Bereitschaft geht, sich hierfür langfristig auch finanziell zu engagieren. (...) Der Stabilitätspakt als Gesamtkonzept für die politische Zukunft Südosteuropas ist ein ehrgeiziges Projekt. Es ist völlig klar, dass seine Realisierung eine lange Zeit brauchen wird. Es geht hier um die Überwindung von tief verwurzelten Denkkategorien und Konfliktursachen, aber auch von erheblichen institutionellen und ökonomischen Defiziten. Doch Südosteuropa ist genauso wenig wie andere Teile Europas vom Schicksal zu Instabilität, Gewalt und immer neuen ethnischen Vertreibungen verdammt. Dies zeigen schon die beeindruckenden Fortschritte einzelner südosteuropäischer Staaten, die bereits stabilisierend auf ihre Umgebung ausstrahlen. Doch um diesen Prozess weiterzuführen und zu beschleunigen, braucht es anhaltende und nachhaltige Unterstützung von außen.“¹⁷

Es ist nicht verwunderlich, daß Befürchtungen und Unklarheiten hinsichtlich des Stabilitätspaktes in seiner Anfangsphase bestanden. Daneben wurden aber auch die positiven Aspekte, die der Stabilitätspakt mit sich bringen sollte, gewürdigt, wie z.B. das klassische „Geberdilemma“ koordinieren zu können und daß alle kooperationswilligen Länder Südosteuropas das Ange-

bot des Stabilitätspaktes annehmen könnten.¹⁸ Große Hoffnungen wurden gehegt und spiegeln sich in der Aussage des rumänischen Außenministers *Vasile Gâlgău* wider, daß durch die Einführung des Stabilitätspaktes neue Möglichkeiten geschaffen worden sind, eine mehr zusammenhängende und stabile inter-institutionelle Zusammenarbeit zu erreichen und gleichzeitig zu vermeiden, daß Duplikation, Verschwendung von Ressourcen und ein ungewollter Konkurrenzkampf entstehen. Der Stabilitätspakt wurde von ihm als ein Beitrag zur Eliminierung des „Schwarzen Loches“, das nicht nur die Karte Europas gezeichnet hat, sondern auch die Quelle für Unstabilität und Unsicherheit in Südosteuropa war, bezeichnet.¹⁹

Der Stabilitätspakt mußte sich, als ein neues Konzept, schließlich erst einmal durchsetzen und bewähren, d.h. zeigen, ob er eine tragfähige Institution für den Wiederaufbau und vor allen Dingen auch für die Friedenssicherung in Südosteuropa sein kann.

Schon zum ersten Jahrestag des Stabilitätspaktes wurde vom Auswärtigen Amt der Presse mitgeteilt, *„das politische Konzept ist aufgegangen; der Stabilitätspakt ist u.a. dank des großen Einsatzes seines Sonderkoordinators Bodo Hombach auf einem guten Weg. In der Region entsteht ein Klima der Hoffnung, des Vertrauens und der Zusammenarbeit“*.²⁰

Nach drei Jahren des Bestehens zog *Heidemarie Wieczorek-Zeul* folgende Bilanz:

„Der Stabilitätspakt ist Musterbeispiel für eine erfolgreiche nicht-militärische Sicherheitspolitik. Alle Staaten Südosteuropas haben sich zu

Bürohengst“, in: Der Spiegel Heft 3 2000, S. 136, 137.

¹⁷ Regierungserklärung zum Stabilitätspakt für Südosteuropa abgegeben durch den Bundesminister des Auswärtigen *Joseph Fischer* am 27. Januar 2000 in Berlin; <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/reden/2000/r000127a.pdf> (besucht am 1. Juli 2003).

¹⁸ Vgl. hierzu *Axt* (Fn. 8), S. 416.

¹⁹ *Vasile Gâlgău*, European Integration Prospects for the Countries of South-East Europe, in: Südosteuropa 48 (1999), Hefte 7-8, S. 417, 418/419.

²⁰ http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/presse/index_html?bereich_id=18&type_id=2&archiv_id=288&detail=1 (besucht am 1. Juli 2003).

den weitreichenden Verpflichtungen des Paktes bekannt. (...) Durch den Stabilitätspakt hat die internationale Gemeinschaft erreicht, dass statt Krieg und Gewalt in Südosteuropa jetzt Kooperation, Dialog und regionale Zusammenarbeit auf der Tagesordnung stehen.“²¹

Europarat, Europäisches Parlament und OSZE kamen auf der dritten Konferenz über den Stabilitätspakt für Südosteuropa vom 14.-16. Oktober 2002 zusammen. In der dort verabschiedeten „Tirana Declaration“ erklärten sie noch einmal die volle Unterstützung für den Stabilitätspakt und begrüßten die erneute Gewichtung auf konkrete Initiativen und Projekte für schnelles ökonomisches Wachstum und regionale Zusammenarbeit und Sicherheit und politische Stabilität.²² Auch im Juni dieses Jahr wurde nochmals die volle Unterstützung für den Stabilitätspakt von den Hauptakteuren in der Region zugesagt.²³ Diese Zusagen müssen als weitere Bekräftigung des Stabilitätspaktes und Bestätigung für seinen bisherigen Erfolg angesehen werden. Als abschließende Bewertung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa kann somit heute für alle Beteiligten die schon im Jahre 2001 gemachte Erklärung

der Europäischen Kommission herangezogen werden:

„The Stability Pact has played – and will continue to play – a central role in bringing a sense of shared purpose to this effort, between the region and the rest of the world, between the EU and non EU donors, above all, in fostering that vital ingredient – regional co-operation and a growing measure of trust between the countries of the region.“²⁴

²¹ Statement von Bundesentwicklungsministerin *Heidmarie Wiecek-Zeul* auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit der KfW, Frankfurt/M., 16. Juni 2002; <http://www.bmz.de/aktuell/stabilitaetspakt/> (besucht am 16. Juni 2003).

²² Tirana Declaration of the Third Parliamentary Conference on the Stability Pact for South-Eastern Europe, “Enhancing Security and Political Stability through Economic Co-operation: Progress on the Stability Pact for South-Eastern Europe”, Tirana, 14-16 October 2002; <http://assembly.coe.int/communication/temporarydocs/tiranafinaldeclaration.htm> (besucht am 1. Juli 2003).

²³ Vgl. EU-Western Balkans Summit – Declaration vom 21. Juni 2003 in Thessaloniki; http://europa.eu.int/comm/external_relations/see/sum_06_03/decl.htm (besucht am 1. Juli 2003).

²⁴ European Commission statement at the Regional Conference for South Eastern Europe (Stability Pact) by Chris Patten, Bucharest, 25. Oktober 2001; http://europa.eu.int/comm/external_relations/news/patten/sp01_489.htm (besucht am 1. Juli 2003).